

**Frage 1 der AKHB:**

***Im Gebäudebestand liegt ein erhebliches Potential auf dem Weg zur Klimaneutralität. Das Leitbild der Umbaukultur wird vielfach durch öffentlich-rechtliche Vorgaben gehemmt, da diese weitgehend den Neubau als Standard festschreiben. Wie werden Sie im Bauordnungsrecht den Umbau fördern?***

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>Ökologisches Bauen konkretisiert sich für uns im verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt, dem bewussten Einsatz von Ressourcen sowie der Verringerung des Energieverbrauchs. Wir sehen deshalb ebenfalls große Potenziale in der Sanierung bestehender Gebäudebestände. Dafür wollen wir die Förderbedingungen für den Kauf von Bestandsgebäuden attraktiver machen und den Zuschuss um zinsgünstige Kredite zu einem Programm „Jung kauft alt“ erweitern. Zusätzlich haben wir uns zum Ziel gesetzt, Beratungsangebote (u. a. auch energetische) auszubauen, um besser für den Umbau von Wohnungen und Häusern zu informieren.</p>	<p>Wir werden Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und Umsetzungshemmnisse abbauen. Zudem wollen wir die Anzahl der Bauvorschriften signifikant verringern. Dabei nehmen wir auch den Umbau von Gebäuden in den Blick. Die Sanierung im Bestand werden wir weiter fördern und eine neue Umbaukultur für mehr bezahlbaren Wohnraum und neues Leben in alten Gebäuden entfachen. Wir wollen vor allem mehr Wohnraum durch Aufstockungen und An- und Ausbauten schaffen und dafür mindestens 10 Mitarbeiter in den Bau- und Planungsabteilungen einstellen, die u.a. vorhandene Bebauungspläne überarbeiten und anpassen.</p>	<p>Die klimagerechte Weiterentwicklung des Gebäudebestands ist ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir wollen den Gebäudebestand klimaneutral bzw. klimapositiv umbauen und dazu die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Planen und Bauen verändern. Bestandsgebäude müssen rechtlich und technisch anders bewertet, behandelt und beplant werden als Neubauten, sonst droht eine Vernichtung vorhandener Bausubstanz, die die Neubaustandards nicht erfüllen kann. Der Gebäudebestand ist mit seiner bereits gebundenen „grauen Energie“ gegenüber dem Neubau in diesem Sinne zu privilegieren. Dafür wollen wir eine „Umbauordnung“ einführen. Wir unterstützen die schon bestehenden Aktivitäten hierzu und setzen uns mit einer „Bremer Initiative Umbauordnung“ auf Bundesebene für die Schaffung von geänderten gesetzlichen Rahmenbedingen in diesem Sinne ein.</p>	<p>Wir befürworten die Einführung einer generellen Genehmigungspflicht für den Abriss von Gebäuden in der LBO. Nach dem Bremischen Wohnraumschutzgesetz ist die Beseitigung von Wohnraum durch Abriss unzulässig, wenn nicht bereits ein Neubau genehmigt ist, es besteht aber lediglich eine Anzeigepflicht. Der „Bremer Standard“ soll eine energetische Abwägung des Gebäudeerhalts vorsehen, die dann sowohl bei der Erteilung neuen Baurechts als auch bei der Genehmigung von Abrissen zugrunde gelegt werden soll.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen das Potential zur Klimaneutralität ebenfalls. Wir haben vor die Bremer Landesbauordnung grundlegend zu überarbeiten, um sie zu verschlanken und zu vereinfachen. Hierbei sollen insbesondere Regelungen, die im Umbau oder der Umnutzung als Verhinderer, Kostentreiber oder Überregulierer enttarnt werden, gestrichen werden. Nur so schaffen wir den Übergang zur Klimaneutralität.</p>

**Frage 2 der AKHB:**

**Die Normenflut in der Planung ist ein Innovationsverhinderer. Die BAK hat bspw. mit dem „Gebäudetyp E“ ein Konzept vorgelegt, das die privatrechtliche Normenflut durch wirksame Ausschlüsse unnötiger Regeln ersetzt. Wie werden Sie sich für ein einfacheres, effizienteres Planen und Bauen einsetzen?**

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>Mit Blick auf nachhaltigen Neubau setzen wir uns für Vereinfachungen in der Landesbauordnung und im Zuge der von der Bundesregierung geplanten Neuaufstellung für eine Erhöhung der Fördermittel für energieeffizientes Bauen ein, um das ökologische Bauen einfacher und erschwinglicher zu machen. Wir erkennen zudem zusätzliche Potenziale in der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung und setzen uns deshalb für die rasche Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ein. Die digitale Umsetzung des Bauantragsverfahrens befindet sich derzeit in der Einführungsphase, sodass erste Bauantragsverfahren bereits heute digital durchgeführt werden können. Die sukzessive Steigerung der digitalen Verfahren wird das Bauantragsverfahren wesentlich vereinfachen, beschleunigen und für mehr Transparenz sorgen. Diese Maßnahmen sollten aus unserer Sicht mit einer verbesserten Kommunikations- und Kooperationsstrukturen bei der Antragsvorbereitung flankiert werden, um unvollständige und fehlerhafte Bauanträge zu vermeiden. Im Zusammenspiel der beschriebenen Maßnahmen werden Bauen und Planen einfacher.</p>	<p>Wir werden uns im engen Austausch mit der Wohnungswirtschaft und den gesellschaftlichen Institutionen ganz konkret anschauen, auf welche staatlichen Vorgaben auch im Sinne unserer avisierten Wohnraumoffensive verzichtet werden kann, ohne unsere ambitionierten Klimaschutzziele zu gefährden. Klar ist aber auch, dass Effizienzvorgaben beim Wohnungsbau immer einhergehen mit zusätzlichen Vorschriften.</p>	<p>Da ein Großteil der Normenprojekte auf europäischer Ebene erfolgt, muss die Europäische Union ihr Standardisierungssystem kontinuierlich verbessern. Dabei müssen auch die Anliegen von KMU gemäß europäischer Standardisierungspolitik systematisch berücksichtigt werden. Bei der Revision der EU-Bauprodukteverordnung sollten nationale Sicherheitsanforderungen für Bauwerke einer gemeinsamen Regelung für den europäischen Binnenmarkt nicht im Wege stehen. Das BAK-Konzept „Gebäudetyp E“ ist ein Vorschlag zum effizienteren Bauen, den wir prüfen werden. Wir sehen einen solchen experimentellen Gebäudetyp insbesondere als Chance für nachhaltige Innovationen im Bausektor.</p>	<p>Eine generelle Öffnungsklausel für baurechtliche Auflagen befürworten wir nicht. Dagegen fordern wir, dass die energetischen Auflagen sich künftig an der CO2-Emission orientieren und nicht mehr am Dämmwert. Dadurch würde erheblich mehr Flexibilität entstehen. Serielles und modulares Bauen ist bereits möglich, wie es die GEWOBA mit dem Bremer Punkt und Tarzan &amp; Jane vormacht. Wir setzen uns dafür ein, die Entwicklung solcher Konzepte gezielt zu fördern. Die erlaubte Abweichung von baulichen Normen kann allerdings im Bestand zielführend sein, um Gebäudeerhalt/Umbau besser konkurrenzfähig zu machen gegenüber Abriss/Neubau.</p>	<p>Wir Freie Demokraten begrüßen die Idee hinter dem "experimentellen Bauen", denn wir sehen die Rahmenbedingungen durch die Landesbauordnung und den ergänzenden Ortsgesetzen ebenfalls als überreguliert. Ein Konzept ähnlich dem "Gebäudetyp E" würde die FDP daher unterstützen.</p>

**Frage 3 der AKHB:**

**Eine multifunktionale Quartiersstruktur und qualitätvolle öffentliche Räume sind notwendige Kriterien für lebendige und hochfrequentierte Stadtzentren. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dem fortschreitenden Strukturwandel in den Innenstädten in Bremen und Bremerhaven begegnen?**

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Die Innenstadt ist unbestritten ein Besuchermagnet. Für die SPD gilt es, die Innenstadt an die Anforderungen der heutigen Zeit anzupassen und die bereits vorhandenen Stärken unserer City weiter auszubauen. Zentral geht es uns darum, Leerstand mit kreativen Ideen zu bekämpfen, die Verlegung der Straßenbahn von der Obernstraße in die Martinstraße zu prüfen, einen modernen City-Campus zu errichten, den Domshof neu zu gestalten und auf diese Weise neue Kultur und Gastronomie in der Innenstadt dauerhaft zu etablieren. Mit der Errichtung des Stadtmusikanten- und Literaturhauses schaffen wir einen prominenten Ort mitten in der City, der dem Märchen einen wichtigen Platz in unserer Stadt gibt, einen Ort für Veranstaltungen, Lesungen, Diskussionen und/oder Konzerte und Theaterstücke bietet und auf innovative Weise zur kulturellen und touristischen Belebung der Innenstadt beiträgt. In Bremerhaven setzen wir uns für den schnellen Abriss des Karstadt-Gebäudes, neue Radwege und mehr Grün in der Innenstadt ein. Zudem wollen wir die Havenwelten noch besser mit der Innenstadt verbinden.</p>	<p>Wir wollen den Strukturwandel in den Innenstädten mit verschiedenen Maßnahmen begleiten. Das beginnt mit einer guten Erreichbarkeit durch einen kostenfreien ÖPNV in der Bremer Innenstadt und einer autoarmen Innenstadt. Führt über neue Nutzungsformen für die vorhandenen Gebäude, die viel stärker auch gastronomische Angebote, wohnen, studieren und eine kulturelle Nutzung ermöglichen. Bis hin zu einer Aufwertung und Attraktivitätssteigerung der öffentlichen Plätze sowie der Öffnung von Dachflächen. Lebendige Fußgängerzonen, einladende Marktplätze, abwechslungsreiche Gastronomie und der Einzelhandel vor Ort machen unsere Städte lebenswert. In Bremerhaven bietet sich zudem die Möglichkeit unter Einbeziehung des Karstadt-Areals, des Eulenhof-Grundstücks und des ehemaligen Finanzamtes einen attraktiven Zugang zur Innenstadt mit Sichtachsen zum Wasser, zu schaffen.</p>	<p>In einem Beteiligungsverfahren haben wir die „Strategie Centrum Bremen 2030+“ erarbeitet. Zusammen mit dem Projektbüro Innenstadt ist Bremen gut aufgestellt, um die Neuausrichtung seines Zentrums aktiv mitzugestalten. - Mit den Konzept- und Pop-up-Stores gibt es bereits ein Programm zur Erprobung neuer Nutzungen. Ergänzend machen wir uns für ein Förderprogramm „Stadtlabore“ stark, um neue Nutzungen erproben – seien es Spielhäuser für Kinder, Kulturzentren, Literatursalons oder Musikclubs; sei es in leer stehenden Ladenflächen, in Innenhöfen oder auf Dachterrassen. - Die Bremer Innenstadt wollen wir bis 2030 autofrei machen. - Den ÖPNV wollen wir stärken und die Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Menschen durch einen barrierefreien Umbau der Haltestelle Domsheide gewährleisten. - Das Mietniveau in der Innenstadt muss sinken, wir suchen dazu den Dialog mit Eigentümer*innen und wollen mit Mitteln aus der Städtebauförderung des Bundes und dem besonderen Städtebaurecht helfen, ihre Bestandsimmobilien an neue Erfordernisse anzupassen. - Einen Teilumzug der Uni in die Innenstadt wollen wir mit einem eigenständigen Entwicklungskonzept für den aktuellen Standort der Universität unterstützen. Bedarfe weiterer Hochschulen und Forschungsinstitute fließen in ein Gesamtkonzept Wissenschaft in der Innenstadt ein. - Mit einer Online-Börse für Plätze und Flächen sowie einer Möglichkeitenmesse Innenstadt erleichtern wir es, (neue) Orte für die kulturelle Nutzung zu erschließen. Mit mehr Streetworker* innen, einem Drogenkonsumraum und dezentralen Substitutionsorten verbessern wir die Lage und Beratung für Drogenabhängige. So reduzieren wir auch Konflikte rund um den Hauptbahnhof.</p>	<p>Es geht darum, den Strukturwandel der Innenstädte zu gestalten und zu steuern. Für entscheidend halten wir dabei die Formel „Wohnen, Wissenschaft, Wohlfühlen“. Den Verzicht auf Wohnungsanteile wollen wir erschweren, sozial gemischtes Wohnen gezielt fördern, die Ansiedlung von Hochschule und Forschung unterstützen – wie es mit dem zweiten Uni-Campus bereits geplant ist. Wir befürworten eine architektonische Gestaltung, die sich in die historisch gewachsenen Innenstädte einfügt. Aufenthaltsräume können nicht nur durch öffentliche Flächen realisiert werden, sondern sollen auch bei privaten Entwicklungen mitgedacht und vorgesehen werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Mietpreisbremse auch für gewerbliche Nutzungen ein, um Verdrängung oder „Discounterisierung“ zu verhindern.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen im Strukturwandel der Innenstadt Chancen zur Modernisierung. Konsum und Einkauf werden weiterhin feste Bestandteile bleiben, jedoch werden Wohnen, Bildung, Kultur, Sport und Gastronomie in Zukunft stärker im Vordergrund stehen als bisher. Wir wollen hierfür die richtigen Weichen stellen, indem wir insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wohnen in der Stadt fördern, indem wir den Dachgeschossausbau und Umwidmungen von Gewerbe- zu Wohnflächen bei Bestandsimmobilien erleichtern.</li> <li>• Die maximale Bauhöhe anpassen, um mehr Hochhäuser in der Stadt zu ermöglichen.</li> <li>• Die Obernstraße als Erlebnisraum weiterentwickeln, indem wir die Straßenbahn aus der Obernstraße rausnehmen und über die Neustadt umleiten. Hiedurch schaffen wir mehr Platz zum Verweilen, für Gastronomie und für Pflanzen.</li> <li>• Für mehr Sauberkeit sorgen. Neben einem Smart-Waste-Konzept und mehr intelligenten Mülleimern möchten wir moderne und saubere öffentliche Toiletten, welche sich selbst reinigen, installieren.</li> </ul>

**Frage 4 der AKHB:**

**Die Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Stadtplanungs- und Bauordnungsbehörden zahlt sich grundsätzlich aus, sie steigert die Attraktivität für private Investitionen und lockt neue Bewohner:innen ins Bundesland. Wie wollen Sie die Behördenstrukturen weiterentwickeln?**

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>Die SPD setzt sich für die stetige Weiterentwicklung und Modernisierung der Behörden ein, um Bremen und Bremerhaven auch weiterhin als attraktive Standorte für Investitionen und neue Bewohner:innen zu erhalten. Die Handlungsfähigkeit der Behörden wird aus unserer Sicht im besonderen Maße vom Fachkräftemangel beeinflusst. Um diesen entgegenzuwirken, gilt es im besonderen Maße, die Arbeitsplätze in den Bremer Behörden noch attraktiver zu gestalten. Ebenso spielt die Digitalisierung der Verfahren und Arbeitsweisen der Bremer Behörden eine tragende Rolle bei der Modernisierung der Behördenstrukturen.</p>	<p>Wir wollen eine voll digitalisierte Verwaltung, die 24/7 erreichbar ist und einen besseren Service bietet. Dazu gehören auch einfache, digitale Bauantrags- und Baugenehmigungsverfahren sowie die elektronische Bauakte. Wir wollen, dass die Kommunikation zwischen Baubehörde und Bauherren ausschließlich über eine digitale Plattform (ein virtuelles Bauamt) läuft, dort soll es zu jedem Bauprojekt einen digitalen Projektraum mit angepassten Zugriffsrechten geben, der von allen Beteiligten für den notwendigen Informations- und Datenaustausch genutzt werden kann. Wir wollen sie die Serviceleistung innerhalb der Baubehörde weiter ausbauen, indem Bauherren sich nicht mehr um genehmigungsrelevante Unterlagen (z.B. Altlasten oder Kampfmittel) kümmern müssen.</p>	<p>Bei strukturellen Verbesserungen kommt vor allem der Digitalisierung eine große Bedeutung zu. Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft wollen wir weiter dazu nutzen, die Verwaltung noch bürger*innenfreundlicher zu gestalten. Dazu werden wir Verwaltungsprozesse und -verfahren optimieren und diese digitaler gestalten. Von Vorhaben, wie z. B. dem Digitalen Baugenehmigungsverfahren, erhoffen wir uns eine schnellere und effizientere Bearbeitung der Bauanträge. Durch neue Formen der Arbeit, mehr Flexibilisierung und eine zeitgemäße Ausstattung stärken wir den öffentlichen Dienst. So können wir auch in Zukunft qualifiziertes Personal gewinnen, das mit seiner Arbeit den Grundstein für einen handlungsfähigen Staat bildet.</p>	<p>Das Bremer Projektbüro Innenstadt halten wir für einen richtigen, da kooperativen Ansatz. Wir befürworten die Stärkung der Innenstadtkompetenz im Bauressort und die enge Kooperation z.B. von WFB und SKUMS bei Entwicklungsprojekten. Die Entwicklung der Innenstadt muss verstärkt als Interaktion zwischen Stadtzentrum und erweiterter Innenstadt, also Viertel und Neustadt, gedacht und geplant werden. Dies sollte in zukünftigen Masterplänen stärker priorisiert werden. Zentral ist für uns, dass die Stadt selbst als Entwicklerin in der Innenstadt tätig wird, so wie das beim Parkhaus Mitte endlich der Fall sein wird.</p>	<p>Wir wollen die Abläufe von Baugenehmigungsverfahren und Bebauungsplanverfahren verschlanken und digitalisieren. Die Baubehörden wollen personell und digital besser ausstatten und einen digitalen Bauantrag einführen. Wir wollen außerdem eine sog. Genehmigungsfiktion einführen: Wenn der Bauherr alle Unterlagen vorgelegt hat und die Behörde innerhalb von drei Monaten nicht reagiert hat, gilt die Baugenehmigung als erteilt und das Bauvorhaben kann beginnen.</p>

**Frage 5 der AKHB:**

***Auch in Zeiten hohen Handlungsdrucks hat der öffentliche Bauherr eine Vorbildfunktion inne. Qualitätvolle öffentliche Bauten sind beständig und damit nachhaltig. Wie wollen Sie qualitätssichernde Maßnahmen (Konzeptvergaben, ordentliche Planungswettbewerbe) weiter ausbauen?***

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>Die SPD hält qualitätsorientierte und faire Verfahren wie ordentliche Planungswettbewerbe oder Konzeptvergaben für überaus probate Werkzeuge bei der Sicherstellung der Planungsqualität und Förderung der städtebaulichen und architektonischen Baukultur. Bei Vergabeentscheidungen ist aus unserer Sicht sicherzustellen, dass sowohl ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen gleichermaßen bedacht werden. Hierbei muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen. Beim Bauen für öffentliche Auftraggeber werden wir konkret auf die Ökobilanz und den Anteil nachwachsender Rohstoffe achten und ein nachhaltiges Energie- und Mobilitätskonzept verpflichtend machen, um klimarelevante Effekte messbar zu machen und Handlungsoptionen vergleichen zu können. Auch im Kontext der Kostenreduzierung und Zeitersparnis bei Vergabeverfahren spielt die Digitalisierung aus Sicht der SPD eine entscheidende Rolle.</p>	<p>Es ist unser Ziel, dass bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht nur der niedrigste Preis ausschlaggebend sein darf, sondern auch die Qualität noch stärker beachtet wird. Wir wollen, dass bei Sanierungen oder beim Neubau von öffentlichen Gebäuden das Land eine Vorbildfunktion wahrnimmt und vor allem im Bereich der energetischen Sanierung oder Dach- und Fassadenbegrünung einen erheblichen Anteil zur CO2-Einsparung leistet. Dabei sollen die öffentlichen Gebäude insbesondere als Vorreiter und Experimentierfelder für Handwerker dienen.</p>	<p>Wir wollen das Instrument der Konzeptvergaben weiter stärken. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer Kriterien in der Stadtentwicklung. Planungsinstrumente und auch Förderprogramme wollen wir an die Herausforderungen unserer Zeit weiter anpassen. Damit einher geht für uns auch die Nutzung der vorhandenen Potenziale im Gebäudebestand und dazugehöriger Förderinstrumente. Wir wollen im öffentlichen Bau und für Musterplanungen stärker von Planungswettbewerben Gebrauch machen und dabei ermöglichen, dass sich auch junge Planer*innen und kleine Planungsbüros beteiligen.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, sehr viel stärker auf Konzeptvergaben zu setzen, auch auf bestehenden Entwicklungsflächen wie z.B. am Hulsberg. Planungswettbewerbe sind ein wichtiges Instrument, um auch regionalen und mittelständischen Planungsbüros die Chance zu geben, sich mit guten Ideen durchzusetzen. Wir wollen ihren Einsatz daher verstärken. Wo neues Baurecht geschaffen und städtebauliche Verträge geschlossen werden, werden dabei bereits jetzt immer öfter ordentliche Planungswettbewerbe vereinbart. Diesen Ansatz wollen wir beibehalten und stärken. Die Vorbildfunktion öffentlicher Bauten allein wird nicht ausreichen, um den privatwirtschaftlichen Bereich entsprechend zu steuern.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sind ebenfalls der Auffassung, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion einnehmen muss. Das gilt jedoch nicht nur für die Qualität. Auch beim Umbau in Richtung Klimaneutralität, bei der Schnelligkeit der Umsetzung und bei der Kosteneffizienz muss die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion einnehmen. Insbesondere bei der Schnelligkeit und Kosteneffizienz öffentlicher Bauten sehen wir den größten Handlungsbedarf.</p>

**Frage 6 der AKHB:**

**Der Klimawandel beeinflusst bereits heute spürbar das Leben im Land Bremen. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Widerstandsfähigkeit der Städte gegen die Folgen des Klimawandels zu stärken und bestehende bzw. kommende negative Folgen abzuwenden?**

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Neben den Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung spielt für Bremen und Bremerhaven die Klimaanpassung eine bedeutende Rolle. Sie ist zeitgleich Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und bietet viele Potenziale zur Verschönerung unserer Städte. Es ist davon auszugehen, dass Bremen und Bremerhaven zukünftig noch stärker von extremen Wetterlagen wie Starkregen, Sturm, Hitze-Dürreperioden getroffen werden. Zusätzlich macht der steigende Meeresspiegel schnelles Handeln erforderlich. Klimagerechte Stadtentwicklung bedeutet für die SPD auch die Umsetzung von Maßnahmen zum Hochwasserschutz. Überdies ist es notwendig, Flächenentsiegelungen zur Versickerung von Wasser bei Starkregenereignissen vorzunehmen. Zudem wollen wir gerade in dicht bebauten Stadtteilen bestehende Grünflächen besser miteinander vernetzen. Auf diese Weise schaffen wir Aufenthaltsorte bei Hitze und gleichzeitig Räume für die notwendige Luftzirkulation.</p>	<p>Um unsere Bewohnerinnen und Bewohner vor den Folgen starker Fluten und zukünftiger Extremhochwasserereignisse zu schützen, werden wir den Deichschutz weiter ausbauen und, wo erforderlich, die Deiche erhöhen. Für ein besseres Stadtklima und die Reduktion der Hitzebelastung werden wir den Erhalt und den Ausbau des Grüns und der Bäume sowie die Entsiegelung von Flächen verstärkt unterstützen. Das wollen wir unter anderem durch entsprechende Förderprogramme und passende Beratungsangebote, wie etwa für den Erhalt und eine bessere Pflege des Baumbestandes auf privaten Grundstücken, sowie attraktivere Baumpatenschaftskonzepte erreichen. Auch bei unseren Parkanlagen wollen wir die Pflege und Aufforstung voranbringen. Im Bereich Gebäude haben wir zum Ziel, dass die Dach- und Fassadenbegrünung stets mitgedacht und möglichst umgesetzt wird. Damit wird ein besseres Klima in Gebäuden und Quartieren erreicht sowie werden Niederschläge bei Starkregenereignissen zurückgehalten.</p>	<p>Das Prinzip der Schwammstadt wird Leitbild der künftigen Stadtplanung. Weiterentwicklung des „Bremer Standards“, um so (Neu-)Bau und Umweltschutz noch besser zu vereinen. Durch Mindestgrünflächenanteile pro Bewohner*in wollen wir ausreichend große Grünflächen in allen neuen Quartieren sicherstellen. Neubauvorhaben sollten Grün- und natürliche Freiflächen in der Stadt so wenig wie möglich beeinträchtigen und vorzugsweise auf bereits versiegelten Flächen bzw. im Bestand errichtet werden. Neubauten müssen den Erhalt des lokalen Wasserhaushalts so weit wie möglich gewährleisten und dürfen nur mit ausreichend Versickerungs- und Verdunstungsmöglichkeiten vor Ort genehmigt werden. Förderung der Biodiversität, z. B. mit Verdoppelung des Landesblühstreifenprogramms 120.000 m<sup>2</sup>. Eine Dachbegrünung ist bereits heute ab einer bestimmten Dachgröße Pflicht. In Zukunft wollen wir auch Fassaden begrünen. Kaltluftschneisen, die im Landschaftsprogramm genannt werden, wollen wir von Bebauung freihalten. Wir wollen eine moderne Baumschutzverordnung schaffen und an unterschiedlichen Orten im Land Flächen für Baumnachpflanzungen bereitstellen. Unser Ziel ist, bis zum Jahr 2040 in Bremen insgesamt 100.000 Straßenbäume zu haben.</p>	<p>Das Begrünungsortsgesetz ist ein wichtiges Instrument, um Klimaanpassung zum Standard zu machen – sowohl im Neubau wie perspektivisch auch im Bestand. Dach- und Fassadenbegrünungen und das Zurückdrängen von versiegelten Flächen ohne notwendige Funktion verbessern das Mikroklima und dämpfen die Hitzeentwicklung. Wir unterstützen Vorgaben zur Freiraumplanung im Rahmen des „Bremer Standards“. Konzepte im Sinne von „Natur auf Zeit“, zur temporären ökologischen Nutzung von Brachflächen, wollen wir stärken. Wir fordern einen Hitzeaktionsplan und sektorale Aktionspläne für Klimaresilienz, z.B. für Gesundheit, Kita/Schulen, Freizeit, Mobilität. Das Konzept „zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte“ ist ein erstes Beispiel für die Integration von Klimaanpassung in Ressortplanungen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern die Umsetzung des Hitzeaktionsplans nach Vorbild der WHO sowie eine zentrale Koordinationsstelle für Hitzeschutz in Bremen und Bremerhaven. In diesem Zusammenhang ist Begrünung wichtig. Wir werden daher ein Begrünungskonzept entwerfen, welches eine mittel- und langfristige Planung beinhaltet. Der Fokus liegt dabei auf einer klimaresilienten Bepflanzung etwa mit dem Dreizahn-Ahorn, der Purpur-Esche oder dem persischen Eisenholzbaum. Auch hier gilt: die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen und alle Möglichkeiten zur Dachbegrünung auf Fassaden und Dächern der öffentlichen Gebäude prüfen. Auch dem Hochwasserschutz kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass der Generalplan Küstenschutz schnellstmöglich umgesetzt wird. Dabei ist die Erhöhung der Deiche auf 8,30 Meter über Normalhöhen null ein wichtiger Baustein. Daneben wollen wir Hochwasserkarten überprüfen und auf den aktuellsten Stand bringen.</p>

**Frage 7 der AKHB:**

**Ein klimagerechtes Leben muss für alle Menschen möglich werden – insbesondere unabhängig von der Vermögens- oder Einkommenssituation. Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten auf dem Weg zur Klimaneutralität absichern?**

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Was Bremen tun muss, um seinen Beitrag für den Klimaschutz und die ökologisch-soziale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten, ist in der Klima-Enquete eingehend untersucht worden. Wir wollen alles daransetzen, dass die dort gesetzten CO<sub>2</sub>-Minderungsziele erreicht und die notwendigen Schritte in der neuen Legislaturperiode umgesetzt werden. Wir werden darauf achten, dass die Lasten der Klimawende sozial gerecht verteilt werden. Die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen ist für uns unabdingbare Voraussetzung, nicht nur, weil sie die Legitimation und Akzeptanz der erforderlichen Maßnahmen nachhaltig stärken. Auch beim Klimaschutz muss gelten, starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Des Weiteren sehen wir den Klimaschutz und die klimafreundliche Umgestaltung unserer Lebensweise nicht nur aus dem ökologischen Blickwinkel. Wir betrachten sie vielmehr auch als große Chance für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Wirtschaft und ihrer Arbeitsplätze.</p>	<p>Mit entsprechenden Maßnahmen in allen Klimaschutzrelevanten Sektoren wollen wir Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar machen und alle Bürgerinnen und Bürger dabei mitnehmen. Im Bereich Mobilität setzen wir uns deshalb u.a. für einen ticketfreien ÖPNV in der Innenstadt sowie die Einführung eines 365-Tickets mit Gültigkeit in Bremen, Bremerhaven und dem gesamten VBN ein. Im Energiebereich wollen wir z.B. den Solarausbau fördern und dabei nachweislich einkommensschwache Haushalte mit einer erhöhten Bezuschussung unterstützen. Auch den Ausbau der Mieterstromanlagen auf Dächern der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften werden wir forcieren. Im Gebäudebereich werden wir u.a. den „Bremer Standard“ für eine bessere Vereinbarkeit von Klimaschutz und bezahlbarem, sozialgerechtem Wohnungsbau weiterentwickeln. Auch Sanierungen im privaten Bereich werden wir mit Anreizen unterstützen. Stärkere Klimabildung sowie Unterstützung eines klimafreundlicheren Konsums, wie etwa durch den Aufbau von Ressourcen-Zentren in Bremen und Bremerhaven, gehören für uns ebenfalls dazu.</p>	<p>Menschen, die energetisch sanieren möchten, wollen wir mit Baubegleitung und Förderung besser unterstützen. Wohngeldempfänger*innen erhalten einen Klimabonus. Mit einer kommunalen Wärmeplanung und Sanierungsunterstützung bei der Planung klimafreundlicher Heizungssysteme finden wir Lösungen für Wohnungseigentümer*innen und Mieter*innen. Für soziale Härtefälle werden wir eine weitere finanzielle Förderung entwickeln. Die Umlage hoher Sanierungskosten auf Mieter*innen verhindert werden. Die Beratung für Haussanierungen in Bremen und Bremerhaven wollen wir ausbauen. Auch Nachbarschaftsinitiativen, die ihre Wärmeversorgung gemeinsam gestalten wollen, unterstützen wir. In armutsgefährdeten Quartieren sollen Energielotsen Haushalte mit wenig Einkommen ansprechen, die bisher durch die bestehenden Beratungsangebote nicht erreicht werden. Das Programm „Förderung von gemeinnützigen Projekten zum alltagsbezogenen Klimaschutz in Bremer Nachbarschaften, Stadtteilen und Quartieren“ wird fortgeführt.</p>	<p>Es war uns sehr wichtig, dass im Klimafonds, der mit dem Nachtragshaushalt aufgelegt wird, auch soziale und wirtschaftliche Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind. Diese stellen keinen eigenen Bereich dar, sondern sollen im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Transformations-Maßnahmen geplant und integriert werden. Auf diese Weise könnten z.B. erhöhte Kosten für Haushalte im Zuge des Wärmenetze-Ausbaus oder der Umstellung auf nichtfossile Energiequellen sozial abgedeckt werden. Klimaneutrale Infrastrukturen wie der ÖPNV wollen wir auf eine solidarische Finanzierung umstellen, d.h. einen kostenlosen ÖPNV durch Grund- und Gewerbesteuer finanzieren, so dass die Kosten nach der Leistungsfähigkeit gestaffelt sind. Im Wohnungsbestand wollen wir den Anteil der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften erhöhen und über Kooperationsvereinbarungen verhindern, dass klimatische Sanierungskosten solidarisch umgelegt und auch niedrigpreisiger Wohnraum vorgehalten wird.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen Klimagerechtigkeit auf zwei Wege erreichen: Zum einen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger durch eine Senkung der Energiesteuern und -Abgaben entlasten. Auf Bundesebene haben wir daher bereits die EEG-Umlage abgeschafft. Da zum anderen die kontinuierliche Verknappung der Zertifikate im Emissionszertifikatehandel auf der einen Seite zu steigenden Preisen und auf der anderen Seite zu höheren staatlichen Einnahmen führen wird, wollen wir einen jährlich zu berechnenden pauschalen Betrages, also eine Klimadividende, an jede Bürgerin und jeden Bürger zurückzahlen. So erreichen wir Aufkommensneutralität. Studien zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen hiervon sogar finanziell profitieren könnten.</p>

**Frage 8 der AKHB:**

**Das von der Bundesregierung ausgerufenen Wohnungsbaziel ist ambitioniert. Es wird über die vermeintlich einfache Lösung des seriellen Bauens hinaus einen Maßnahmenmix brauchen, um das Ziel zu erreichen. Welche Strategie verfolgen Sie für das Land Bremen, um die Ziele im Wohnungsbau zu erreichen?**

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Wir wollen, dass alle Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben wollen, auch eine Wohnung in diesem Land finden, die ihren Ansprüchen (vom Einfamilienhaus bis zur Einzimmer-Mietwohnung) gerecht wird. Dafür werden wir gezielt und auf hohem Niveau – trotz der aktuell schwierigen Situation im Baubereich - zusätzliche Wohnungen bauen. Wir werden die Wohnungsbaustrategie Bremens neu ausrichten am Ziel, durch ein ausreichendes und differenziertes Wohnungsangebot Einwohner*innen in Bremen halten und für Bremen gewinnen zu können. Darüber hinaus werden wir nach Fertigstellung der neuen Wohnungsbaustrategie zu Beginn der Legislaturperiode erneut die Voraussetzungen schaffen, um 10.000 neue Wohneinheiten zu bauen. Dabei geben wir Flächen Vorrang, die bereits versiegelt und/oder bereits an den ÖPNV angeschlossen sind. Bei Bedarf werden wir neue Flächen für den Wohnungsbau erschließen, um damit weiteren Verluste von Einwohner*innen an das Umland entgegenzuwirken.</p>	<p>Mit den kommunalen Wohnungsbauunternehmen und den privaten Investoren wollen wir in den nächsten vier Jahren 10.000 Wohnungen und Häuser fertigstellen. In einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen sind bebaubare Grundstücke rar. Gleichzeitig sind im gesamten Stadtgebiet verteilt Wohngebäude auf so großen Grundstücken gebaut, dass deren Eigentümer oftmals Teile der freien Grundstücksfläche verkaufen wollen. Das sogenannte Bauen in zweiter Reihe wollen wir viel stärker in den Mittelpunkt unserer Baupolitik stellen. Dadurch schaffen wir neue Flächenpotenziale für mehr Wohnungen und Häuser und nutzen vorhandene Infrastruktur in den Quartieren. Ein weiteres Potential bietet die Aufstockung von Wohnungen auf bereits vorhandenen Gebäuden sowie die Umwandlung von Büroflächen zu Wohnungen insbesondere in den Innenstädten.</p>	<p>Durch unser Programm der „Landeswohnraumförderung“ wurde der Grundstein für 10.000 neue Wohnungen im Land Bremen gelegt. Wir wollen auch in Zukunft ambitioniert handeln, um neuen, insbesondere sozial geförderten, Wohnraum zu schaffen. Mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 legen wir die Grundlagen für neuen Wohnraum und tragen so zur Stabilisierung des Mietniveaus bei.</p>	<p>Wir erleben das Ende einer Schönwetterperiode, d.h. eines privaten Booms im Wohnungsbau, in dem z.B. Sozialwohnungsquoten bei Neubauprojekten einen starken Beitrag zur Versorgung mit sozialem Wohnraum leisten konnten. Daher wird bezahlbares Wohnen verstärkt direkt angestrebt werden müssen, z.B. indem kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbau mehr komplette Neubauprojekte übernimmt, einen Mix aus Sozialwohnungen, mittlerem Preissegment und moderat höherpreisigem Segment realisiert und dafür gezielt gefördert wird. Öffentliches und genossenschaftliches Bauen können die Lücke füllen, wenn sie entsprechend unterstützt werden. Dafür wollen wir den Einstieg in die soziale Baulandvergabe und die Einrichtung einer städtischen Grundstücksgesellschaft als Grundlage für Erbpachtvergabe.</p>	<p>Um das Bauen zu beschleunigen, wollen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen, entbürokratisieren und digitalisieren (siehe hierzu bereits Antwort Nr. 4). Insbesondere um das Bauen in der Stadt zu beschleunigen, wollen wir Umwandlungen von Gewerbe in Wohnraum, sowie den Dachgeschossausbau erleichtern. Darüber hinaus wollen wir folgende finanziellen Anreize setzen, um die Schaffung von neuem Wohnraum attraktiver zu machen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Freibetrag i.H.v. 500.000€ bei der Grunderwerbsteuer für das erste selbstgenutzte Eigenheim</li> <li>• Grunderwerbsteuer senken</li> <li>• Grundsteuer senken</li> <li>• Baunebenkosten senken mittels Entschlackung des Bauordnungsrechts</li> </ul>



**Frage 9 der AKHB:**

***Abriss und Neubau waren lange Zeit der übliche Weg, mit geänderten Nutzungsanforderungen oder „in die Jahre gekommenen“ Gebäuden umzugehen. Damit geht immer auch erhebliche „graue Energie“ verloren. Wie sollen Rück- und Ersatzbauten in Zukunft zu rechtfertigen und zu begründen sein?***

<b>SPD</b>	<b>CDU</b>	<b>Grüne</b>	<b>Linke</b>	<b>FDP</b>
<p>Ebenso wie eine soziale Wohn- und Mietpolitik gehört auch das ökologische Bauen und Sanieren zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Auch hier möchten wir unsere Städte zu Vorreitern weiterentwickeln. Die Nutzung vorhandener Bausubstanz führt ebenfalls zur Einsparung von „grauer Energie“ bei der Baustoffherstellung und muss weiter ausgebaut werden. Die SPD spricht sich darüber hinaus für die Verwendung von Baumaterialien aus, die im Falle eines Rückbaus leicht getrennt und wiederverwendet werden können. Besonderes Potenzial sehen wir im Holzbau. Dieser setzt auf einen nachwachsenden Naturbaustoff und kann gleichzeitig als CO<sub>2</sub>-Senke gegen den Klimawandel wirken. In Norddeutschland ist Holzbau aber noch nicht verankert. Wir wollen aufbauend auf dem Vorbildprojekt „Ellener Hof“ weitere Pionierprojekte bei öffentlichen sowie privaten Vorhaben verwirklichen, um Holzbau zum Durchbruch zu verhelfen. Die Forschung zu und Entwicklung von alternativen Materialien wie Zellulose, Hanf oder Seegrass wollen wir fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass bei zukünftigen Investitionen und Vorhaben Bestandsgebäude mitgedacht werden. Wer die graue Energie im Bestandsbau nicht abreißt, sondern durch Modernisierungen erhält und klimafreundlich saniert, leistet einen erheblichen Anteil am Klimaschutz. Außerdem zeigt u.a. das Tabakquartier, dass historische Gebäude in neu zu entwickelnden Quartieren architektonisch integriert werden können. Familien, die in den Jahren 2024 und 2025 ein sanierungsbedürftiges Bestandsgebäude erwerben, werden wir die Grunderwerbsteuer erlassen. Für das selbstgenutzte Eigentum werden wir einen Freibetrag für den Erwerb der Immobilie von 200.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind bei der Grunderwerbsteuer vorsehen.</p>	<p>Wir setzen uns für die Novellierung der Musterbauordnung im Sinne einer „Musterumbauordnung“ ein, damit ein verstärkter Anspruch an nachhaltiges Bauen auch innerhalb der Landesbauordnung zum Ausdruck gebracht werden kann. Wir machen uns insbesondere für das nachhaltige Bauen gemäß der Maxime „Sanierung statt Abriss“ stark. Sanierung und Umbau sollen gegenüber Neubauten bevorzugt und entsprechende Anreize geschaffen werden. Wie diese Bevorzugung im Bauantragsverfahren berücksichtigt werden kann, wollen wir prüfen.</p>	<p>Für Abriss/Neubau soll eine Abwägung auf der Basis einer energetischen Lebenszeitbilanz, d.h. die Mitbewertung der Grauen Energie, grundlegend sein. Gefordert ist der Nachweis, dass die Erreichung der späteren Nutzungsziele durch Erhalt/Umbau entweder nicht möglich, unverhältnismäßig eingeschränkt oder energetisch nicht zielführend ist. Das muss begleitet sein durch eine stärkere Flexibilität bei baulichen Normen, wenn auf Erhalt/Umbau gesetzt wird. Um zügig handlungsfähig zu werden und die landespolitischen/kommunalen Gestaltungsspielräume abzuklären, schlagen wir die Fremdvergabe einer entsprechenden Studie und einen Runden Tisch mit Vertreter*innen der verschiedenen Akteursgruppen vor.</p>	<p>Je nach wirtschaftlichen, statischen oder gestalterischen Aspekten sind Rück- und Neubau im Einzelfall zu begründen. Die Gebäudestruktur zu übernehmen und zu sanieren, begrüßen wir dort, wo es Sinn ergibt. Da es nicht überall möglich ist, wirtschaftlich oder statisch sinnvoll nachzuverdichten, halten wir den Neubau grundsätzlich weiterhin für zeitgemäß. Es ist abzuwägen, welche Kompromisse man durch die Übernahme der alten Strukturen eingeht. Dies kann nur im Einzelfall bewertet werden.</p>

**Frage 10 der AKHB:**

**Die Eingrenzung der neuen Flächeninanspruchnahme auf 30 ha/Tag ist das formulierte Ziel der Bundespolitik, um die zukünftige Bodenversiegelung auf das notwendige Minimum zu begrenzen. Hier ist auch die Bauweise zu diskutieren. Wie stehen Sie zur offenen, individuellen Bauweise im Land Bremen?**

SPD	CDU	Grüne	Linke	FDP
<p>Deutschlandweit werden täglich neue Flächen für Arbeiten, Wohnen und Mobilität belegt. Um den Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung zu verringern, setzen wir zusätzlich zum Vorrang bereits versiegelter und/oder vom ÖPNV erschlossener Flächen für den Neubau auf Ausbau und Umnutzung des Gebäudebestands. Durch Aufstockung und Erweiterung auf Büro- und Verwaltungsgebäuden, Supermärkten oder Parkhäusern wollen wir für den dringend benötigten Wohnraum sorgen und gleichzeitig die Energieeffizienz älterer Gebäude steigern.</p>	<p>Eine offene Bauweise ist de facto in Bremen nur noch in sehr begrenztem Umfang, auf bauträgerfreien Grundstücken möglich. Bremen verfügt über ein Wohnraumpotenzial von ca. 29.000 Wohnungen. Diese Flächen wollen wir im Zuge einer Wohnraumoffensive mit Bebauungsplänen versehen und zügig auch mit der BREBAU und GEWOBA bebauen und dabei allen Anforderungen und Wünschen der Stadtgesellschaft gerecht werden. Aufstockungen vorhandener Bauten ermöglichen zudem eine ressourcenschonende Wohnraumschaffung. Dieses Instrument wollen wir verstärkt ermöglichen, indem wir bestehende Bebauungspläne ändern. Bei neuen Bau- und Investitionsvorhaben werden wir stärker darauf achten, dass möglichst wenige Flächen versiegelt werden, indem u.a. höhere Bauten ermöglicht werden.</p>	<p>Durch die Stärkung der Innenentwicklung wollen wir bestehende Bauflächen besser ausnutzen und behutsam verdichten. So können wertvolle Grünräume geschont und der Flächenverbrauch verringert werden. Wir folgen der Idee der doppelten Innenentwicklung: Wir vermeiden die Neuversiegelung von Flächen im Außenbereich, setzen gleichzeitig auf die Entsigelung von Flächen und achten bei der Verdichtung im Innenbereich darauf, dass die baulichen Lösungen den heutigen Anforderungen gerecht werden. Wir prüfen konsequent Optionen zur Überbauung von Parkplätzen, Aufstockung von Häusern und Schließung von Baulücken. Generell gilt für uns das Motto „Umbau vor Neubau“. Wir legen ein Förderprogramm auf, das es vereinfacht, große Wohnungen zu teilen oder Einfamilienhäuser zu Mehrparteienhäusern umzubauen. So schaffen wir neue Wohnungen im Bestand.</p>	<p>Mit dem neuen Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 wird der Flächeninanspruchnahme im Außenbereich ein Riegel vorgeschoben. Die doppelte Innenentwicklung ist auch für den Wohnungsbau gesetzt. Das Problem verschiebt sich damit auf eine ausgewogene Entwicklung des Innenbereichs, in dem Wohnen, Gewerbe und alle anderen Nutzungen so Platz finden müssen, dass die blau-grüne Infrastruktur nicht mehr weiter eingeschränkt und perspektivisch sogar ausgebaut wird. Die offene Bauweise wird dabei die Ausnahme darstellen müssen. Städtebauliche und Nachhaltigkeitsziele sind innerstädtisch besser durch geschlossene Bauweisen wie Blockbebauung oder Reihenhäuser zu erreichen, zumal damit auch die Höhenentwicklung begrenzt werden kann. Das schließt „Individualität im Verbund“ nicht aus, vom Bremer Haus bis zu innovativen Konzepten im Geschoßwohnbau oder Ausbauhäusern nach dem Klushuizen-Modell.</p>	<p>Wir Freie Demokraten begrüßen eine offene und individuelle Bauweise, denn diese ist ein liberaler Weg. Um bei den ambitionierten Wohnungsbauzielen zugleich die Bodenversiegelung auf ein Minimum zu reduzieren, gibt es nur einen Weg: In die Höhe. Hochhäuser sparen Fläche und prägen das Stadtbild. Wir Freie Demokraten trauen Bremen zu, höher zu bauen, als wir es bisher gewohnt sind. Mit einem definierten Konzept wollen wir festlegen, wo hoch gebaut werden darf. Hierfür wollen wir die maximale Bauhöhe anpassen. Der Genehmigungsprozess soll für Bauten, welche sich im festgelegten Bereich befinden, beschleunigt werden. Damit wird die Stadt sowohl für Investoren als auch für Architekten interessant. Dabei denken wir die erforderliche Infrastruktur mit.</p>